

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

111. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 27. Mai 2004

Tagesordnungspunkt 11:

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu dem Antrag der Abgeordneten Ernst Burgbacher, Gisela Piltz, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP: **Passagierdatensammlungen und Datenschutzrechte – EU-Abkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika**

(Drucksachen 15/2761, 15/3120)

10133 A

Petra Pau (fraktionslos):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor wenigen Wochen hat die EU-Kommission einen Vertrag mit den USA vereinbart. Demnach werden von Passagieren, die die Vereinigten Staaten an- oder überfliegen, 30 und mehr persönliche Daten übermittelt. Das hat meines Erachtens weder etwas mit Bürgerrechten noch mit Datenschutz zu tun.

Die USA wollen den gläsernen Bürger oder Reisenden und die EU-Kommission ist ihnen dabei zu Diensten. Es geht um den größten Datendeal der Neuzeit. Die PDS lehnt dies ab. Die Verhandlungen zwischen der EU-Kommission und den USA liefen schon länger und sie waren von Anfang an umstritten. Das EU-Parlament hat vor den Folgen eines solchen Vertrages gewarnt und mit Mehrheit beschlossen, vor dem Europäischen Gerichtshof dagegen zu klagen.

Umso unglaublicher – wenn es denn stimmt – finde ich das, was im „Spiegel“ steht, nämlich dass Bundesinnenminister Schily schon vorab, auch vor den Kompromissverhandlungen, ebendiesem Datendeal zugestimmt hat und dass der Bundesaußenminister, wie von meiner Vorrednerin beschrieben, hier Tatsachen geschaffen hat. Deshalb finde ich auch: Das Problem ist eine echte Chefsache. Entweder haben die beiden Minister eigenmächtig gehandelt – dann ist es höchste Zeit für ein Kanzlerwort – oder aber sie haben in Absprache agiert; dann steht die gesamte rot-grüne Regierung am Pranger. Liebe Kollegin Stokar von Neuforn, dann hilft auch das „einerseits“ oder „andererseits“ nichts, weil die Tatsachen auch durch Regierungsmitglieder der Bundesrepublik geschaffen wurden.

(Sabine Leutheusser-Schnarrenberger [FDP]: Ja, auch durch Fischer!)

Nun komme ich zu den Versuchen, den Datenschutzbruch zu verharmlosen. Die USA hätten sich verpflichtet, heißt es, die Daten nur drei Jahre zu speichern und dann zu löschen. Ich finde, wer im Internetzeitalter und angesichts anhaltender Wortbrüche an solche Versprechen glaubt, der glaubt wirklich an den Weihnachtsmann. Außerdem hätten sich die USA verpflichtet, die EU zu informieren, falls sie gesammelte Daten an Dritte weitergeben. Das ist aber nichts anderes als ein Freibrief zum internationalen und geschäftstüchtigen **Handel mit persönlichen Daten** von Bürgerinnen und Bürgern. Man muss dieses Geschäft lediglich anzeigen – als ginge es um die Eröffnung einer neuen Imbissbude. Wir reden hier aber nicht über Würstchen oder Döner, sondern es geht um ein verbrieftes Grundrecht, das der informationellen Selbstbestimmung. Deshalb hat die FDP-Fraktion Recht, wenn sie hier im Bundestag mit ihrem Antrag die gelbe Karte gezeigt hat. Ich gebe für die PDS noch die rote Karte dazu.

Dass die Opposition zur Rechten mit Ausnahme der FDP mit all dem kein Problem hat, wird niemanden verwundern. Ginge es nach Ihnen, dann gäbe es keinen Datenschutz mehr, das Demonstrationsrecht wäre längst kastriert und wir bekämen einen Überwachungsstaat neuer Prägung. Wenn es dafür eines Beleges bedurft hätte, so wurde er im Zuge der Einwanderungsdebatte geliefert.

CDU und CSU haben aus einer Zuwanderungs- und Asyldebatte inzwischen eine Polizei- und Geheimdienstdebatte gemacht.

(Beatrix Philipp [CDU/CSU]: Du lieber Gott!)

Das hilft der Bundesrepublik nicht und das vergiftet das gesellschaftliche Klima. Das hat auch nichts mit einer modern verfassten Europäischen Union zu tun. Ich sage Ihnen: Das hilft Ihnen auch nicht im notwendigen Kampf gegen den Terror.